

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2013-11-25

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE
Telefon: (03 85) 5 45 29 57

Antrag Drucksache Nr.

01743/2013

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Prüfantrag | Nachfolgeprojekte für Bürgerarbeit

Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert:

- gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Westmecklenburg, dem Jobcenter Schwerin, dem Sozial- und Arbeitsministerium MV und beteiligten Trägern Möglichkeiten für Nachfolgeprojekte und deren Finanzierung zu prüfen
- die Stadtvertretung zeitnah zu den Ergebnissen zu unterrichten.

Begründung

Die Landeshauptstadt Schwerin beschäftigt im Rahmen des Bundesprojektes Bürgerarbeit zeitweilig bis zu 125 Bürgerarbeitskräfte. Zusätzlich waren 30 Quartiersarbeitsplätze, gefördert über das Bundesprogramm BIWAQ in gemeinnützigen Projekten im Einsatz. Die eingesetzten Langzeitarbeitslosen wurden im Zuge einer Landesförderung durch Integrationsfachkräfte begleitet und unter anderem über Web und IT Kurse zusätzlich qualifiziert.

Die Einsatzstellen der Bürgerarbeit sind breit gefächert. Die Beschäftigten arbeiten unter anderem beim Integrationsbeauftragten der Stadt, beim Kinderschutzbund, beim Arbeitslosenverband, bei Sportvereinen, im Tafelgarten der Schweriner Tafel oder in Nachbarschaftstreffs. Ein Teil der Beschäftigten hat über diesen Weg den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt geschafft. Andere haben dieses Ziel noch nicht erreicht, jedoch durch eine sinnstiftende Tätigkeit wieder Mut gefasst, eigene Vermittlungshemmnisse reduziert und auch einen wertvollen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt geleistet.

Somit bedeutete das Bundesprogramm Bürgerarbeit, trotz aller berechtigten Kritik, z.B. an der Höhe der Entlohnung und fehlenden Beitragszahlungen zur Arbeitslosenversicherung, für die Betroffenen oft eine neue Chance. Das Bundesprogramm läuft Ende 2014 aus. Bislang ist kein Nachfolgeprogramm in Sicht. Mit dem alternativlosen Wegfall der Stellen wäre auch ein Stück kommunale und soziale Infrastruktur gefährdet. Zudem drohen die nicht auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelten Bürgerarbeiter und Bürgerarbeiterinnen wieder in den Hartz IV Bezug zurückzufallen. Alle Beteiligten sind also aufgefordert nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Gerd Böttger
Fraktionsvorsitzender